



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

obwohl wir derzeit einen Verfall der Rohölpreise erleben, bleibt die weltweite Energienachfrage doch ungebrochen. Der Wettbewerb um Ressourcen wird mittel- bis langfristig weiter zunehmen. Dieser Trend betrifft die Industrieländer wie die Entwicklungsregionen gleichermaßen. Unter dem Aspekt der Energieversorgungssicherheit erhält diese Beobachtung in Zeiten weltweiter Umbrüche, Krisen und Kriege eine neue Brisanz. Ordnungspolitische Fragestellungen – und damit auch die Aufgabe der Energie- und Rohstoffversorgung als existenzielle Grundlage einer jeden Volkswirtschaft – sind zunehmend eingebettet in einen außen- und sicherheitspolitischen Kontext. Zudem hat sich das Akteursfeld in diesem Bereich aufgefächert, woraus Interessenkonflikte hervorgehen können. Wenn es um Energiesicherheit geht, verfolgen private Unternehmen, (halb-)staatliche Konzerne, staatliche Institutionen, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft und weitere Marktteilnehmer unterschiedliche Ziele.

Mit dem Fokus auf eine langfristig sichere und ressourcenschonende Energieversorgung, treibt Deutschland seine Energiewende, den nahezu vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien bis 2050, voran. Die Vereinigten Staaten setzen bei der Deckung ihres Energiebedarfs dagegen auf das in großen Mengen verfügbare heimische Schiefergas. Dieser Energieträger ist im Vergleich zu Kohle und Erdöl in der Nutzung emissionsärmer und birgt nicht die Risiken der Kernenergie. Allerdings birgt es nicht absehbare Risiken für die Umwelt. Darüber hinaus wirft der Verfall der Rohölpreise Fragen der Rentabilität der Schiefergasproduktion auf. Mit Blick auf die Vereinigten Staaten führt der Energieexperte Jan-Justus Andreas in seinem Beitrag aus, dass die von der US-Regierung angestrebte „Energieunabhängigkeit in Zeiten globalisierter Energiemärkte nicht die vollkommene Abschirmung gegenüber

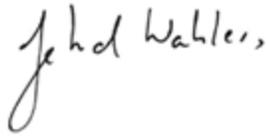
externen Krisen bedeutet, den USA aber eine gestärkte geopolitische Position eröffnet“.

Die fortdauernde Ukraine Krise führt vor Augen, wie Energieversorgungsfragen zum Spielball machtpolitischer und territorialer Interessen werden. Energieversorgungssicherheit als öffentliches Gut kann vom Markt allein nicht zur Verfügung gestellt oder per Gesetz bestimmt werden. Darauf weist der Rechtswissenschaftler Hartmut Kahl in seiner Analyse zur europäischen Energiesicherheit hin. Allerdings kann die Europäische Union durch vielfältige Instrumente der Rechtsetzung den Rahmen sowohl für eine vorausschauende Vorsorge als auch für akute Krisensituationen schaffen. Unter dem vormaligen EU-Energiekommissar Günther Oettinger wurden wichtige Weichen für eine Gemeinsame Energiepolitik gestellt. An diesem Ansatz hält die neue EU-Kommission fest, wie sich unter anderem an der Einrichtung des Postens eines Vizepräsidenten für die Energieunion sowie den Zielen zur Weiterentwicklung des Energiebinnenmarkts ablesen lässt. Die EU will ihre Importabhängigkeit von Energieträgern reduzieren, Lieferquellen und -wege diversifizieren und dabei ihre internationalen Verpflichtungen beim Klimaschutz einhalten.

In dieser Hinsicht ist 2015 ein Schlüsseljahr. Die vergangenen VN-Klimakonferenzen lassen noch viele Fragen offen, Industrie- und Schwellenländer streiten über verbindliche Verpflichtungen. So endete vor wenigen Wochen die Klimakonferenz in Lima (COP 20) nur mit einem Minimalkompromiss. Die Ergebnisse geben wenig Anlass zur Hoffnung auf das Zustandekommen eines – gemessen am Zwei-Grad-Ziel – effektiven Klimaschutzabkommens in Paris (COP 21) im Dezember dieses Jahres. Dies liegt auch an den zwei größten Kohlendioxidemittenten, den USA und China, die sich lediglich auf unverbindliche und niedrig angelegte Zielsetzungen festgelegt haben. Im Falle Chinas sollen diese sogar erst im Jahr 2030 Gültigkeit erlangen.

Der Einsatz für eine sichere, wirtschaftlich tragfähige und klimaschonende Energieversorgung spiegelt sich auch in den Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland und weltweit. Wir begreifen dieses Themenfeld als eine sicherheits- und ordnungspolitische Herausforderung, bei der Generationengerechtigkeit und die Bewahrung

der Schöpfung bestimmende Faktoren sind. Klima- bzw. Ressourcenschutz und Energiesicherheit als zwei Seiten derselben Medaille sind damit eine zentrale Querschnittsaufgabe, der wir uns kompetent und engagiert annehmen.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large, stylized initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de